

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz

178 · Ausgabe Region Bern · Oktober 2018

SP

Mit rotem Mobiliar verbessert die Stadt die Aufenthaltsqualität auf öffentlichen Plätzen

ABSTIMMUNGEN VOM 25. NOVEMBER 2018

Budget 2019 der Stadt Bern: Im Zeichen des Aufschwungs

Die Stadt Bern wächst und bringt so auch den Kanton Bern in Schwung. Dieses Wachstum führt zu höheren Steuereinnahmen, aber auch zu Mehrausgaben. Mit 40 neuen Stellen sichern wir eine hohe Lebensqualität und gute Dienstleistungen für die Berner Bevölkerung.

Die Finanzlage der Stadt Bern ist solide. Wir erzielen seit Jahren Rechnungsüberschüsse, haben Schulden abgebaut und verfügen über Eigenkapital in dreistelliger Millionenhöhe. Dies wäre ohne die nachhaltige Finanzpolitik der Rot-Grün-Mehrheit nicht der Fall. Das im September durch den Stadtrat zuhanden der Stimmberechtigten verabschiedete Budget 2019 führt unsere umsichtige Finanzpolitik weiter. Das Budget sieht bei einem Umsatz von rund 1,27 Mrd. einen Überschuss von 1,3 Mio. Franken vor.

Stadtwachstum führt zu höheren Steuereinnahmen

Wachstum findet vor allem in den urbanen Zentren statt. Wohnen, leben und arbeiten in der Stadt Bern ist attraktiv. Die SP und ihre Bündnispartnerinnen haben das Stadtwachstum erst möglich gemacht. Seit 2008 ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt um total 13 000 (jährlich rund 1100) auf heute etwas über 142 000 gestiegen – im gleichen Zeitraum nahm der Steuerertrag bei natürlichen Personen von rund 300 auf ca. 350 Millionen Franken zu.

Bis ins Jahr 2030 sollen rund 160 000 Menschen in der Stadt le-



Michael Aebersold, Berner Gemeinderat, Direktor für Finanzen, Personal und Informatik

ben. Daraus ergeben sich folgende prioritäre Ziele des Gemeinderats: Verdichtetes Bauen sowie kurze, machbare Wege zu Fuss, mit dem Velo oder mit dem öffentlichen Verkehr statt weiter wachsende Zersiedelung mit zunehmenden Pendlerinnen- und Pendlerströmen.

Wachstum ja, Verlust an Lebensqualität nein

Stadtwachstum gibt es nicht zum Nulltarif: Die städtischen Infrastrukturen und die Leistungen der Stadtverwaltung müssen mit der wachsenden Bevölkerung Schritt halten. Investiert werden darf aber nicht nur in Hardware – sonst droht ein Verlust an Lebensqualität. Mit 40 neuen Stellen kann das bereits vollzogene Stadtwachstum bewältigt, das weitere Stadtwachstum geplant und die Lebensqualität mit gezielten Massnahmen gesteigert werden. Nur so kann die Stadt Bern ihre Rolle als Wirtschaftsmotor des Kantons Bern und als grösste Nettozahlerin im kantonalen Finanzausgleich weiterhin wahrnehmen.

Lebensqualität ist wichtiger als Tiefsteuereffuss

Dank der hohen Lebensqualität hat auch die Zahl der in der Stadt täti-

gen Unternehmen stetig zugenommen. Das zeigt, dass die Politik von Rot-Grün-Mitte erfolgreich ist; der Steuerfuss wird von bürgerlicher Seite überbewertet. Die zentralen Standortfaktoren sind ein gutes öffentliches Angebot, leistungsfähige Infrastrukturen sowie eine hohe Lebensqualität.

Die kantonale Steuergesetzrevision ist verfehlt. Sie heizt den unsäglichen Steuerwettbewerb an, bei dem am Schluss alle verlieren. Am 25. November können die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit einem deutlichen JA zum Budget der Stadt Bern 2019 und einem NEIN zur kantonalen Unternehmenssteuersenkung ein wichtiges Zeichen für eine nachhaltige, linke Politik setzen.

«Die städtischen Infrastrukturen und die Leistungen der Stadtverwaltung müssen mit der wachsenden Bevölkerung Schritt halten.»



Einzig am Strassenschild ist die Grenze zwischen Bern und Ostermundigen zu erkennen.

Fusion mit Bern – eine Perspektive für Ostermundigen

Es war die von der SP Ostermundigen an der Mitgliederversammlung vom 21. Februar 2018 verabschiedete Resolution, welche die Fusionsdiskussion zwischen Ostermundigen und Bern so richtig ins Rollen brachte. Kurz darauf reichte Bettina Fredrich, Mitglied der SP-Fraktion, eine Motion ein, welche fordert, erste Schritte in Richtung Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern an die Hand zu nehmen. Sie wurde vom Grossen Gemeinderat mit 21 zu 10 Stimmen deutlich angenommen. Doch weshalb engagiert sich die SP Ostermundigen überhaupt so intensiv für Fusionsabklärungen?

Einer der Gründe ist sicherlich die finanzielle Perspektive der Gemeinde. Es zeigt sich immer klarer, dass Ostermundigen mit seiner Bevölkerungsstruktur auch mit den neuen Quartieren einnahmeseitig keine Verbesserungen erzielen kann. Dies führt dazu, dass seit Jahren immer wieder über schmerzhaft sparrunden und zentrale Funktionen des Service public diskutiert wird. Aus Sicht der SP Ostermundigen sind vor allem die Sparübungen bei den Angeboten für Kinder und Jugendliche fatal. Im Bereich Aufgabenhilfen, Frühförderung oder Sprachförderung in der Integration hinkt Ostermundigen der Stadt Bern weit hinterher. Eine Fusion würde Investitionen und Dienstleistungen ermöglichen, Ostermundigen wieder attraktiver machen und eine Perspektive bieten.

Eine Fusion hat jedoch nicht nur betreffend Finanzpolitik positive Auswirkungen. Sie würde auch eine gesamtheitlichere Planung der Region Bern ermöglichen. Die Lebenswelten in der Region Bern sind bereits heute über die Gemeindegrenzen hinweg sehr eng verknüpft. Durch die unterschiedlichen kommunalen Vorgaben und Planungshorizonte wird eine zielgerichtete Entwicklung der Region Bern erschwert. Eine grössere Stadt Bern würde zudem auch national an Einfluss gewinnen. Der nun startende Prozess soll dazu dienen, die Rahmenbedingungen für eine mögliche Fusion zu klären und sowohl für Ostermundigen wie auch die Stadt Bern die Vor- und Nachteile aufzuzeigen und Grundlagen für zukunftsweisende Entscheide zu liefern.

Ostermundigen will fusionieren – und Bern?

Mit dem klaren Bekenntnis des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen hat sich die Gemeinde zum bislang Undenkbaren entschieden: Eine Fusion mit der Stadt Bern soll geprüft werden. Was sich über die letzten Jahre in kleinen Schritten angekündigt hat (Stichworte: Probleme bei der Finanzierung der Pensionskasse, blockierte Gemeindeentwicklung nach Ablehnung der Tramvorlage, Finanzprobleme, hohe Sozialhilfequote), ist nun manifest. Der Gemeinderat ist formell beauftragt, in Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern zu treten. Doch wie sieht es auf der Seite der Stadt aus? Wichtig ist der städtischen SP, dass ein Fusionsprozess sorgfältig gestaltet wird und die Vorteile, aber auch die Nachteile eines Zusammengehens sauber eruiert und der Bevölkerung vorgelegt werden. Auch der Stadtbevölkerung muss ein Nutzen präsentiert werden können. Die SP-Fraktion hat deshalb im Stadtrat eine interfraktionelle Motion miteingereicht, welche den Gemeinderat auffordert, «Abklärungen und notwendige erste Schritte (inklusive Zeitplan) in Richtung von Fusionsverhandlungen mit der Gemeinde Ostermundigen an die Hand zu nehmen».

Interessant für die weitere Entwicklung der Stadt Bern könnte – neben der wirtschaftlichen Perspektive – die Wohnbaupolitik sein, wo Ostermundigen dank günstiger Mietwohnungen eine andere Ausgangslage als Bern hat. Eine Chance könnten aber auch mittelfristige Überlegungen sein, wie z.B. die Einführung von Stadtteilkonferenzen, um den verschiedenen Quartieren eine entsprechende politische Vertretung zu garantieren und dadurch die politische Mitsprache auszubauen.

Eingehende Diskussionen darüber würden der Stadt und der Kernregion neue Impulse verleihen, die auch für andere Agglomerationsgemeinden interessant sein könnten.

Peter Marbet, Stadtrat Bern, Mitglied AG regionale Zusammenarbeit

Wie geht es weiter in der Drogenpolitik?

WELCHE NEUEN WEGE ERFORDERT EINE ZUKUNFTSGERICHTETE DROGENPOLITIK? DIE SP STADT BERN LÄDT AM SAMSTAG, 24. NOVEMBER ALLE INTERESSIERTEN MITGLIEDER ZUM AUSTAUSCH MIT FACHPERSONEN EIN.

In der Drogenpolitik war die Schweiz lange Vorreiterin. Während den Neunzigerjahren kämpfte die SP gemeinsam mit anderen progressiven Kräften für innovative und pragmatische Lösungen, die eine menschenwürdige Drogenpolitik ermöglichen. Das sorgte international für Schlagzeilen und ergab die Viersäulenpolitik: Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression.

Vor 10 Jahren bestätigte die Stimmbevölkerung mit dem Betäubungsmittelgesetz diesen Kurs. Für Suchtkranke gibt es heute ein vielfältiges Betreuungsangebot. Die Öffentlichkeit muss nicht mehr über Beschaffungskriminalität und Spritzenabfälle auf Kinderspielflächen diskutieren. Im Kocherpark gibt es Sommerkonzerte statt einer offenen Drogenszene.

Diesen Erfolgen steht weitgehender Stillstand in anderen Bereichen gegenüber: Die Präventions-Säule kommt kaum vom Fleck. Bei der Frage der Cannabisregulierung geht es – nach mehreren Rückschlägen – nun endlich einen Schritt voran. Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren zur Schaffung eines «Experimentierartikels» im Betäubungsmittelgesetz eröffnet. Damit soll der Weg frei werden, um wissenschaftliche Pilotversuche zum regulierten Cannabisverkauf durchzuführen. Viele offene Fragen – etwa der Umgang mit Kokain – bleiben aber nach wie vor unbeantwortet. Und neue Trends im Konsum wie neue synthetische Drogen werden seit Jahren ignoriert.

Die Säule der Repression wirft weiterhin Fragen auf. Nachhaltige Erfolge gegen den Drogenhandel hat die Strafverfolgung keine erzielt. Stattdessen führt sie immer wieder zu neuen Problemen, wie Racial Profiling. Aber auch die Auseinandersetzungen zwischen Reitschule und Polizei haben in den meisten Fällen ihren Ursprung in der Repression.

Heute fehlen drogenpolitische Perspektiven, die über die Fachkreise hinausstrahlen und auf der politischen Ebene breiten Widerhall finden. Die Tagung «zukunftsgerichtete Drogenpolitik» will hier

Abhilfe schaffen und Austauschmöglichkeiten bieten.

Expert*innen aus Forschung, Sucht- und Gassenarbeit berichten in Inputreferaten und auf dem Podium über die heutige Situation, skizzieren Probleme und Chancen und formulieren ihre Forderungen und Erwartungen an die Politik. Ziel der Veranstaltung ist eine Standortbestimmung für uns als SP: Wo sind neue Massnahmen nötig und möglich? Wie sieht eine zukunftsgerichtete Drogenpolitik aus?

Stefan Müller, AG Drogenpolitik SP Stadt Bern

TAGUNG «ZUKUNFTSGERICHTETE DROGENPOLITIK» AM 24. NOVEMBER 2018

10 bis 16 Uhr, PROGR Bern

Es diskutieren:

- Thilo Beck, ARUD Zürich
- Sandro Cattacin, Eidg. Kommission für Suchtfragen, Universität Genf
- Rahel Gall, Contact Bern
- Stefanie Knocks, Fachverband Sucht
- Ray Knecht, Fachgruppe Gassenarbeit Avenir Social, Dozent
- Marieke Kruit, Stadträtin SP Bern, eidg. anerkannte Psychotherapeutin

Moderation: Flavia Wasserfallen, Nationalrätin SP

Detailprogramm sowie Anmeldung unter: drogenpolitik2018.ch

Für die Teilnahme inklusive Verpflegung wird ein Unkostenbeitrag von 50 Franken erhoben.



DIE SP IN DER REGION

Der versprochene «Modellcharakter» lässt zu wünschen übrig



Jonas Ammann,
Co-Präsident
SP Meikirch

«Meikirch – eine nachhaltige Landgemeinde mit Modellcharakter»: Mit diesem Motto wirbt unsere relativ kleine Gemeinde am nördlichen Ende der Berner Agglomeration. Rund 2400 Einwohnerinnen und Einwohner zählt das Dorf, welches nach wie vor eine Gemeindeversammlung hat und dessen Exekutive aus sieben Personen aus fünf verschiedenen Parteien besteht. Leider herrschen dort noch schlimmere Zustände als wahrscheinlich bald im Bundesrat: Die SP Meikirch ist die einzige Partei, die eine Frauenvertretung im sonst reinen Männergremium stellt. Damit zeigt sich ein Mangel, der in vielen bürgerlichen Landgemeinden vorherrscht: Keine angemessene Vertretung und ein fehlender Einbezug von politisch Mitbetroffenen.

Stetiger Einsatz für progressive Anliegen

Das Motto entstand an einer Zukunftskonferenz und soll eine progressive und innovative Gemeinde charakterisieren, die gleichzeitig ihre ländlichen und nachhaltigen Wurzeln beibehalten soll. In der Realität obsiegen jedoch mehrheitlich die konservativen Scheuklappenkräfte. Statt echt progressive Politik in der Gemeinde mit

vorantreiben zu können, fliegt die SP auf einer anderen Höhe: Verkehrssicherheit, vermehrte Transparenz und Demokratie in der Gemeindepolitik sowie – seit langem schon – die Forderung nach mehr räumlichen Begegnungsmöglichkeiten für die Dorfbewohnenden.

Punkto Verkehrssicherheit waren wir es, die – unter Mithilfe von vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern – dauernd forderten und fordern, dass Verkehrswege für Kinder, Betagte und Velofahrende sicherer werden. Gerade nachdem sich in unserer Gemeinde ein gravierender Unfall ereignet hatte, wurde für uns einmal mehr klar, dass wir bessere Schulwegsicherheit, vermehrte Verkehrsberuhigung und im speziellen Tempo-30-Zonen brauchen. Bis dahin wollte die politische Gemeinde relativ wenig von teuren Um- und Ausbauprojekten wissen. Nun organisiert die SP einen Diskussionsabend zu diesem Thema, an dem die Anliegen der Bevölkerung gesammelt und schliesslich dem Gemeinderat übergeben werden sollen.

Nahe bei der Bevölkerung

Einer der schönsten Vorteile, der sich in einer kleinen Gemeinde bietet, ist die Nähe zur Bevölkerung. Nirgends ist es einfacher, direkte Demokratie zu leben, als wenn Meinungen offen und partizipativ direkt bei der Bevölkerung eingeholt werden. Aus diesem Grund sind wir unter anderem jährlich an unserem Dorfmarit prominent vertreten und führen dabei immer spannende, horizontweiternde und verbindende Gespräche mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Dennoch gelingt es uns trotz viel Aufwand nicht, an Gemeindeversammlungen Mehrheiten für unsere Anliegen zu erzielen. Aus struktureller Sicht wäre daher ein Parlament einfacher, um unsere soziale und nachhaltige Politik durchzusetzen. Denn das konservative Setting unserer Legislative entspricht vielen Einwohnenden nicht. Mobilisieren ist nicht nur für eine Basiskampagne schwierig, sondern auch für die von vielen als trocken wahrgenommenen Gemeindeversammlungen. Insbesondere die Gemeindeverwaltung sieht in der politischen Vielfalt und dem Miteinbeziehen von konstruktiv mitwirkenden Bürgerinnen und Bürgern allerdings eher eine Gefahr als eine Chance.

Direktdemokratisches Engagement

Um unsere Anliegen gemeinsam mit Gleichgesinnten trotzdem durchzubringen, nutzen wir andere direktdemokratische Mittel wie z.B. Petitionen. Vor einigen Monaten reichten wir gemeinsam mit anderen progressiven Kräften eine Petition für einen zentralen Begegnungsplatz ein. Damit lässt sich die Forderung nicht mehr einfach ignorieren. Die Idee stiess bei konservativen Kräften auf grosses Unverständnis. Dabei ist gerade die Schaffung von Begegnungsplätzen eine Angelegenheit unserer öffentlichen Hand – besonders wenn sich die Gemeinde einen «Modellcharakter» auf die Fahne schreibt.

Aber eben, mit diesem «Modellcharakter» sieht es in Tat und Wahrheit nicht so vorbildhaft aus. Eines ist jedoch klar: die SP Meikirch wird weiterhin für Fortschritt mit allen für alle kämpfen und damit einen eigenen Modellcharakter definieren.